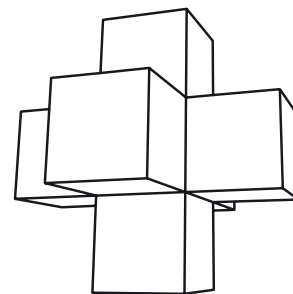


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda	21
Kopf des Monats	2	FDP persönlich	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel	22

29. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Gemeinsam ins Wahljahr

Die FDP setzt klar auf liberale Werte. Diese müssen in Taten umgesetzt werden. Auf die Fragen, Anliegen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger müssen Antworten gegeben werden. Und genau das tut die FDP auch im Wahljahr.

Seite 3

Höchste Schweizerin

Unsere Nationalrätin Christine Egerszegi wurde mit einem Glanzergebnis zur Präsidentin der grossen Kammer gewählt. Ein stilvoll eingerichteter Extrazug erwartete die geladenen Gäste am Bahnhof Bern, um auf einer «Tour d'Argovie» dieses Ereignis gebührend zu feiern.

Seite 7

Partnerschaftsgesetz

Seit dem 1. Januar 2007 können sich homosexuelle Paare eintragen lassen. Die eingetragene Partnerschaft ist Ausdruck einer offenen, freiheitlichen, modernen und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Seite 10

Irrweg Einheitskasse

Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» schafft die Wahlfreiheit ab, führt in die Zweiklassenmedizin und bringt neue Gesundheitssteuern. Eine Einheitskasse hätte gravierende Folgen.

Seite 21

Führten zum ersten Mal gemeinsam eine Delegiertenversammlung durch: Parteispitze der FDP und LPS.

Nein zur Einheitskasse!

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 19./20. Januar in Genf fassten die Delegierten der FDP und der LPS die Parole zur Einheitskasse. Zudem wurde das Wachstumspapier verabschiedet.

Die Delegierten der FDP und der LPS erteilten der Einheitskassen-Initiative eine klare Absage und fassten die Nein-Parole. Zuvor wurde die Initiative in einer Podiumsdiskussion aus Sicht der Initianten und der Gegner behandelt. Warnende Worte zur Initiative kamen auch von Bundesrat Pascal

Couchepin. Eine Einheitskasse lege jeden Fortschritt lahm. Über die Nein-Parole war er sichtlich erfreut.

Im zweiten Teil der Delegiertenversammlung verabschiedeten die Delegierten das Wachstumspapier. Konkret soll der Steuerwettbewerb gestärkt werden. Die wirt-

schaftlichen Kontakte mit dem Ausland sollen durch weitere Freihandelsabkommen ausgebaut werden. Die Delegierten forderten zudem, EU-Normen und -Grenzwerte zu übernehmen und das Cassis-de-Dijon-Prinzip anzuwenden.

Seiten 12/13

Innovatives Gesundheitswesen und moderne Sozialpolitik

2007 ist das Jahr der Gesundheits- und Sozialpolitik. Das Stimmvolk legt in zwei Richtungsabstimmungen fest, ob dem bundesrätlichen Reformpfad weiterhin gefolgt werden soll. Die Debatten sind vif, wir kämpfen energisch dafür.

Am 11. März stimmen wir über die Einheitskrankenkasse ab. Diese Initiative will das Gesundheitswesen verstaatlichen und verunmöglicht Innovation. Sie ist eine rückwärtsgewandte Initiative, da sie Wahlfreiheit und Wettbewerb zerstören will. Sie würde die Kosten des Gesundheitswesens in die Höhe treiben, gerade jetzt, wo unsere Massnahmen die Prämien erhöhungen gebremst haben und auch weiterhin bremsen. Der bundesrätliche Reformpfad steht zur Diskussion. Entweder kümmern wir uns in den nächsten Jahren um die Umsetzung der Einheitskrankenkasseninitiative, oder wir führen die eingeleiteten Reformen (Spitalfinanzierung, Pflegefinanzierung, Managed Care, Vertragsfreiheit) energisch weiter. Das Volk hat die Wahl.

Am 17. Juni stimmen wir voraussichtlich über die 5. IV-Revision



Pascal Couchepin

ab. Das Volk entscheidet, ob unser Reformpfad für eine moderne Sozialpolitik weiterhin Gültigkeit hat. Moderne Sozialpolitik wirkt

präventiv. Bildungspolitik und Eingliederung ins Erwerbsleben sind dabei prioritär. Die 5. IV-Revision verkörpert geradezu diesen Geist der Modernität. Denn das Prinzip «Eingliederung vor Rente» ist hier das zentrale Element. Wir investieren in die Früherkennung und in die Integration, damit Menschen nicht einfach in die lebenslange Rente abgeschoben werden. Die Gegner wollen hier nicht mitmachen. Sie wollen lieber den Immobilismus. Auch hier hat das Volk die Wahl.

Seit vier Jahren weht in der Sozial- und Gesundheitspolitik ein neuer liberaler Geist. Nicht einfach die Besitzstandswahrung steht im Vordergrund, sondern Reformen, welche die Chancen für alle erhöhen sollen. Solidarität gepaart mit Innovationsfreudigkeit und einem grossen Respekt vor den Schwachen.

Ich bin sehr dankbar, dass ich auf diesem Weg zu einem innovativen Gesundheitswesen und einer modernen Sozialpolitik von den Liberalen und Freisinnigen stets unterstützt werde. Gemeinsam haben wir in dieser Legislatur sehr viel erreicht.

2007 steht für die Entscheidung des Volkes, ob es diesem Reformpfad folgen will. Wir werden gewinnen, wenn wir dafür kämpfen.

Pascal Couchepin

Kopf des Monats

Dick Marty

FDP-Ständerat Dick Marty hat Mitte Januar den Swiss Award in der Kategorie «Politik» gewonnen. Honoriert wurde mit diesem Preis Martys Einsatz für die Menschenrechte. Dick Marty konnte sich gegen die ebenfalls nominierten Doris Leuthard und Rolf Bloch durchsetzen. Für diesen grossartigen Erfolg gebührt Dick Marty der Titel «Kopf des Monats».

Bereits im Vorjahr konnte die FDP triumphieren. Damals gewann die freisinnige Stadtpräsidentin von Locarno, Carla Speziali, den Swiss Award.



Dick Marty,
der Kopf des Monats Januar.

Geit's no?

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls hat sich die Schweiz verpflichtet, den CO₂-Ausstoss auf den Stand von 1990 zu reduzieren. Der überwiegende Teil der vereinbarten CO₂-Reduktion ist dabei im Inland vorzunehmen. Dem Kyoto-Ziel völlig zuwider läuft der geplante Bau von Gaskraftwerken. Pro Gaskraftwerk ist mit einem Ausstoss von über 700 000 Tonnen CO₂ zu rechnen. Dieser Ausstoss muss zwar kompensiert werden, aber die SP hat versucht, diese Kompensation zu verwässern. Die Kompensation kostet im Inland pro Tonne CO₂ rund 200 Franken, im Ausland

rund 20 Franken, also zehn Mal weniger. Die SP verlangte nun in der vorberatenden Nationalratskommission, dass ein grösserer Anteil des CO₂-Ausstosses im Ausland kompensiert werden soll. Mit ihrem Vorpreschen wollte die SP aus ideologischen Gründen die Rentabilität solcher Gross-Gaskraftwerke erhöhen und damit ihren Bau ermöglichen – und dies direkt auf Kosten der Umwelt. Und das nennt die Linke dann «Umweltpolitik».

Jetzt gilt es ernst: Gemeinsam ins Wahljahr 2007

Wir Liberale müssen unsere Werte in Taten umsetzen. Wir müssen konkrete Antworten auf die Fragen, Anliegen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger geben. Und genau das tut die FDP auch im Wahljahr.

**Von Nationalrätin Gabi Huber
(UR), Vizepräsidentin der FDP
Schweiz**

Wer wissen will, wohin er geht, muss wissen, woher er kommt. Wir Freisinnigen und Liberalen haben den modernen Bundesstaat gegründet. Der erste Bundesrat im Jahr 1848 setzte sich aus sieben Freisinnigen zusammen. Die freisinnig-liberalen Kräfte waren damals so stark, weil sie Antworten auf die wichtigen Fragen der damaligen Zeit hatten. Ihre Antworten beinhalteten die Werte Freiheit, Verantwortung und Gerechtigkeit. Diese Grundwerte waren im 19. Jahrhundert aktuell, und sie sind es heute noch. Wir haben die Tendenz, diese Werte als selbstverständlich zu betrachten, aber sie sind es nicht. Wir müssen immer wieder dafür kämpfen. Wir müssen uns laufend anstrengen und für die verschiedensten Lebensbereiche unaufhörlich nach besseren und gerechteren Lösungen suchen.

Liberalismus ist keine Heilslehre, sondern eine offene Lehre. Eine liberale Ordnung ist nichts Abgeschlossenes. Sie ist etwas ständig Werden. Vermutlich darum ist die wichtigste Eigenschaft des liberalen Gedankenguts der Optimismus. Ein Liberaler glaubt an die Möglichkeit, in einer komplexen Welt vernünftige Lösungen zu finden.

Der Schweiz geht es besser, wenn Liberale gewinnen

Wenn wir unsere Ideen für eine intelligente, wachsende, gerechte und offene Schweiz verwirklichen, wird unser Land liberaler und ist für die Zukunft gerüstet. Die Schweiz wird liberaler, weil die FDP zu Neuem bereit ist und nicht im Verklären des Althergebrachten erstarrt. Weil



Gabi Huber

die FDP risikobereit ist, um Chancen aufzubauen. Weil die FDP kampfbereit ist, um nicht von anderen Kräften abhängig zu werden.

Davon profitieren alle. Deshalb braucht die Schweiz die FDP. Und die FDP braucht Sie. Die FDP braucht im Wahlkampf alle Freisinnigen. Die Wahlen finden schliesslich in den Gemeinden und Kantonen statt und nicht im Fernsehen oder in der Boulevard-Presse. Darum fordere ich Sie alle auf: Tragen Sie die Marke FDP täglich zur Schau!

Lizenz zum Gewinnen!

Im vergangenen Jahr konnte die FDP zahlreiche Erfolge feiern. Im Kanton Graubünden ging die FDP

als klare Wahlsiegerin aus den Kantonsratswahlen hervor. In Zürich wurde der Regierungsratssitz erfolgreich verteidigt. Nach der Wahl von François Longchamp in den Genfer Regierungsrat und mit dem Einzug von Michel Probst in die jurassische Regierung ist die FDP in allen Kantonsregierungen vertreten. Keine andere Partei kann eine solche Bilanz vorweisen!

Im Kanton Luzern war die FDP Gewinnerin in den Gemeindewahlen. In Zug konnten bei den Gemeinde- und Kantonsratswahlen Erfolge gefeiert werden, in St. Gallen und Appenzell A. Rhod. wurde nach jahrzehntelanger Absenz das Stadtpräsidium erobert.

Auch inhaltlich gewinnen wir: Die Steuerreform I ist unter FDP-Führung aufgenommen worden. An der Herbstsession in Flims haben wir bereits die Unternehmenssteuerreform II diskutiert und die Ehepaarbesteuerung verabschiedet. Die Bildungspolitik haben wir mit unseren Vorschlägen nachhaltig geprägt, und unsere Offensiven in den Bereichen Integration und Energiepolitik haben positive Schlagzeilen gemacht.

Was wollen wir noch mehr? Was können wir noch mehr, lautet die Frage eher. Was diese Partei in den nächsten Monaten braucht, ist Geschlossenheit. Es gibt ein einfaches Rezept dafür: Sagen Sie jeden Tag etwas Gutes über einen Parteikollegen oder eine Parteikollegin. Nehmen Sie sich den Slogan der FDP-Frauen zu Herzen: «Eigenlob stimmt!» Gemeinsam werden wir auf jeden Fall gewinnen. Denn wir werden nach den kantonalen und eidgenössischen Wahlen 2007 sagen können: Wir haben gekämpft!

Anzeige

Recht verstehen...

*Ihr Portal
zum
Recht*

www.advochannel.ch

Binder
rechtsanwälte

FDP Schweiz International

Auslandschweizer-Preis 2007



Leo Schelbert, der letztjährige Preisträger des Auslandschweizer-Preises.

Die FDP Schweiz International verleiht am 30. März 2007 in Winterthur bereits zum sechsten Mal den Auslandschweizer-Preis. Wie bereits in den vorangehenden Jahren wird der Preisträger mit einer würdigen Feier geehrt, um so die Botschaft des Auslandschweizer-Preises an die Öffentlichkeit zu tragen.

In den letzten beiden Jahren wurden ausgewiesene Persönlichkeiten wie Leo Schelbert und Thomas Straubhaar ausgezeichnet. Die diesjährige hochkarätige Jury setzt sich wie folgt zusammen:

- Hanna Widrig, Direktorin der Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr (Präsidium)
- Francine Asmis, Vorstandsmitglied der FDP Schweiz International
- Botschafter Markus Börlin, Chef Abteilung VI, EDA
- Markus Spillmann, Chefredaktor Neue Zürcher Zeitung
- Dr. Max Schweizer, Minister in Ankara
- Guido Schommer, Generalsekretär der FDP Schweiz
- a. NR Dr. Georg Stucky, Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO)

Reservieren Sie sich bereits heute den Termin vom Freitag, 30. März 2007, ab 18.00 Uhr! Weitere Informationen folgen im nächsten «Freisinn!»

Geschäftsleitung der FDP Aargau empfiehlt Christine Egerszegi als Ständeratskandidatin



Die Geschäftsleitung der FDP Aargau empfiehlt dem kantonalen Parteitag vom 22. Mai Christine Egerszegi-Obrist als Ständeratskandidatin. Die Bildungs- und Sozialpolitikerin geniesst weit über die FDP hinaus grosse Akzeptanz. Gemeldet wurde einzig seitens der Bezirkspartei Baden die amtierende Nationalratspräsidentin und somit «höchste Schweizerin» Christine Egerszegi-Obrist, Mellingen. Es gingen keine anderen Kandidaturen ein; der in den Medien gehandelte Fraktionschef Daniel Heller verzichtet aus familiären und beruflichen Gründen auf eine Bewerbung um die Kandidatur.

Herzliche Gratulation – Pascal Couchepin ist Bundes-Vizepräsident

Die Bundesversammlung hat FDP-Bundesrat Pascal Couchepin mit einem sehr guten Resultat von 166 Stimmen zum Bundes-Vizepräsidenten gewählt. Damit hat ihm das Parlament ein klares Vertrauenssignal gegeben.

Felix Gutzwiller soll FDP-Ständeratssitz verteidigen



Die Delegierten der FDP des Kantons Zürich wählten an ihrer Delegiertenversammlung vom 25. Januar Felix Gutzwiller als Ständeratskandidat. Die FDP des Kantons Zürich will mit dem Präsidenten der FDP-Bundeshausfraktion den Ständeratssitz verteidigen.

Felix Gutzwiller, politisch und beruflich bestens qualifiziert und landesweit bekannt, soll im Oktober den FDP-Sitz von Ständerätin Trix Heberlein, die nach 16 Jahren von der bundespolitischen Bühne abtritt, übernehmen.

Engagiert für Luzern



Der Grosse Rat wählte am 5. Dezember Heidi Lang mit dem Spitzenresultat von sämtlichen 111 gültigen Stimmen zu dessen Präsidentin. «Engagiert für Luzern», hat sich Heidi Lang zum Motto für ihr Präsidialjahr gemacht. In der Tat, die neue höchste Luzernerin engagiert sich seit Jahren für die verschiedensten Aufgaben zugunsten der Menschen im Kanton Luzern.

Stephan Hügli für den Berner Gemeinderat nominiert



Stephan Hügli wurde anlässlich der Nominationsversammlung der FDP der Stadt Bern am 15. Januar 2007 mit 78 Stimmen nominiert. Sein Gegenkandidat, Mario Imhof, erhielt 23 Stimmen. Gewählt wird in Bern am 11. März 2007.

Solothurn

Partei-Jubiläum

Die Amteipartei Bucheggberg-Wasseramt feiert ihren ersten Geburtstag.

Vor einem Jahr haben sich die beiden Bezirksparteien Bucheggberg und Wasseramt zur Amteipartei vereinigt. Vorausgegangen war die Verkleinerung des Kantonalparlaments verbunden mit Amteiwahlen, welche diesen Zusammenschluss nötig machten. Die FDP Bucheggberg-Wasseramt verkörpert die echte Volkspartei, welche den Puls der Bevölkerung aufnimmt. Die neue Organisation hat sich bewährt, und die Freisinnigen blicken mit Zuversicht auf die Wahlen 2007.

Luzern

Nägel mit Chöpf

Die Luzerner Liberalen präsentieren ein Aktionsprogramm, das für alle Menschen im Kanton ausgerichtet ist.

In ihrem Aktionsprogramm «Nägel mit Chöpf» wollen die Luzerner Freisinnigen ein unternehmerfreundliches Klima schaffen, um ein gesundes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Zudem soll unverschuldet in Not geratenen Menschen unbürokratisch geholfen werden. Neben einer Steuerreform 08 und einer Bildungsharmonisierung fordert das Aktionsprogramm auch Gewaltprävention an Schulen und ein härteres Durchgreifen gegenüber Kriminellen.

Zürich

4 gewinnt

Die FDP-Delegierten haben sich deutlich für ein gemeinsames bürgerliches Ticket ausgesprochen.

Die Delegierten der FDP Zürich folgten am 30. November 2006 ihrem Vorstand und schickten ihre Regierungsratskandidaten Ursula Gut (bisher) und Thomas Heiniger zusammen mit den beiden SVP-Kandidaten ins Rennen. Dieser Entscheid verdeutlicht, dass die FDP auf politische Partner angewiesen ist, um liberale Positionen durchsetzen zu können. Aufgrund des neuen Wahlsystems dürften die Mehrheitsverhältnisse im Kanton Zürich noch knapper werden. FDP und SVP wollen bis am Wahltag vom 15. April 2007 gemeinsame Veranstaltungen durchführen.



Baselland



Bild: Christoph Ruckstuhl

Familien-Petition

Petition für eine familiengerechte Lebenswelt

In ihrer Petition fordert die FDP Baselland den Regierungsrat auf, eine innovative Familienpolitik zu gestalten. In einem ersten Schritt soll die Installation von flächendeckenden Tagesstrukturen für Kinder vorangetrieben werden. Diese Strukturen sollen Tagesschulen, Blockzeiten, Mittagstische und familienergänzende Kinderbetreuung enthalten.

Luzern

Petition «Jugend will Zukunft»

Die Jungfreisinnigen Luzern haben eine Petition gestartet.

Die Luzerner Jungfreisinnigen haben das neue Jahr mit grossem Engagement in Angriff genommen. Am 1. Januar 2007 wurde eine Petition gestartet, welche vom Regierungsrat verlangt, eine ganzheitliche Jugendpolitik zu erarbeiten. Anlass zur Petition gab die zunehmende Jugendgewalt im Kanton, aber auch die Jugendarbeitslosigkeit und Suchtprobleme unter Jugendlichen. Alle Akteure in Staat, Politik und Gesellschaft sollen am gleichen Strick ziehen, um eine gezielte Ursachenbekämpfung zu betreiben.

Liberalismus auf weltweitem Vormarsch

Jahreskongress der Liberalen Internationalen in Marrakesch

Vom 9. bis 11. November 2006 tagte in Marrakesch der Jahreskongress der Liberalen Internationalen (LI). Er war dem Thema Demokratie und Entwicklung gewidmet.

Von Jon A. Fanzun, Politischer Sekretär

Die rund 500 Delegierten aus Asien, Afrika, Amerika und Europa debattierten engagiert über die Zusammenhänge zwischen politischer Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Hierbei machte etwa der Führer der Demokraten in Hongkong, Martin Lee, klar, dass sich der Liberalismus nicht in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung erschöpfe, sondern zwingend auch die Gewährung der Menschenrechte beinhalte.

An einem Panel zum Streit um die dänischen Mohammed-Karikaturen – an dem auch Hugo Bütler (ehemaliger Chefredaktor der NZZ) teilnahm – wurde unterstrichen, dass Liberale das Recht auf Mei-



Lord John Alderdice (links) übergibt Sam Rainsy den Freiheitspreis.

nungsäusserungsfreiheit verteidigen und fördern, Fundamentalisten jeglicher Provenienz aber entschieden entgegentreten müssten.

Die liberale Familie wächst

Unter der Führung des nordirischen Politikers Lord John Alderdice wächst die liberale Weltfami-

lie unter dem Dach von LI seit einigen Jahren stetig an. In Marrakesch wurden 17 Parteien als neue Mitglieder aufgenommen, womit LI nun 125 Mitglieder umfasst. Dieser Zuwachs, so Alderdice, sei ein Zeichen der Stärke und Attraktivität des Liberalismus, verpflichte die liberale Familie aber zu einer noch engeren Zusammenarbeit.

Graham Watson, Fraktionschef der Liberalen und Demokraten im Europäischen Parlament, ortete den Grund für die Stärke der liberalen Bewegung darin, dass diese offen sei für neue Ideen und dass sie Neuerungen als Chance und nicht als Gefahr begreife. Die konservativen Kräfte auf der politischen Rechten würden sich dagegen dem gesellschaftlichen Wandel verschliessen und sich in nationalistische oder religiöse Orthodoxien flüchten, während die politische Linke orientierungslos sei und nicht wisse, wohin sie gehe.

Wahlen Frankreich

Die FDP begrüsst die «Union pour un mouvement populaire»

Am Sonntag, 14. Januar, ist eine Delegation der FDP nach Paris gereist, um die Versammlung der «Union pour un mouvement populaire» (UMP) zu besuchen und zu unterstützen.

Von Sébastien Leprat, politischer Sekretär

Für die FDP waren der Vizepräsident Léonard Bender und die politischen Sekretäre Romain Clivaz und Sébastien Leprat anwesend. Die FDP vertieft die Kontakte mit der UMP seit deren Gründung. Die Delegation hat insbesondere einige Persönlichkeiten der französischen «Parti Radical» (Mitglied der UMP) getroffen – unter anderem den Präsidenten André Rossinot und Rachid Kaci, Präsident des Nationalvereins «la droite libre».

Die FDP überbrachte verschiedenen politischen Persönlichkeiten ihre besten Wünsche für den bevorstehenden Wahlkampf. Der nominierte Kandidat der UMP, Nicolas Sarkozy, freute sich über die Unterstützung aus dem benachbarten Ausland.



Léonard Bender (rechts) im Gespräch mit Aussenminister Philippe Douste-Blazy.

Freiheitspreis für Sam Rainsy

Der Freiheitspreis 2006 der LI wurde dem kambodschanischen Politiker Sam Rainsy verliehen, der mit seiner Partei in Kambodscha für Demokratie, Menschenrechte und gegen die weit verbreitete Korruption kämpft. Er erinnerte in seiner Dankesrede daran, dass seit der Gründung seiner Partei über 70 seiner Parteikollegen gewaltsam ums Leben gekommen sind. Rainsys bewegende Worte führten deutlich vor Augen, was es in unfreien Ländern heisst, für den Liberalismus einzustehen. Politiker wie Rainsy brauchen und verdienen unsere Unterstützung, damit die liberale Familie weiter wächst und an Stärke gewinnt.

Nationalratspräsidentin

Wahlfeier von Christine Egerszegi

Am Samichlaustag hatten die Freisinnigen nicht nur wegen Nüssli und Mandarinli Grund zur Freude: Unsere Nationalrätin Christine Egerszegi wurde am Tag zuvor mit einem Glanz-ergebnis zur Präsidentin der grossen Kammer gewählt. Ein stilvoll eingerichteter Extrazug erwartete die geladenen Gäste am Bahnhof Bern, um auf einer «Tour d'Argovie» dieses Ereignis gebührend zu feiern.

Der guten Stimmung tat auch die mangelnde Unterstützung Petrus' keinen Abbruch, und mancher Optimist war überzeugt, dass der strömende Regen beim ersten Halt in Murgenthal aufhören würde. Diese Hoffnung wurde zwar enttäuscht; dennoch waren die Gäste über die musikalischen Darbietungen der Murgenthaler Schülerinnen und Schüler sehr erfreut.

In die Kantonshauptstadt

Der Extrazug rollte anschliessend weiter in Richtung Kantonshauptstadt Aarau, wo die Festgemeinde – flankiert durch die Aargauer Polizeimusik – zum Festsaal zog. Nach feierlichen Klängen des Streichquartetts pries der Aargauer Regierungspräsident Wernli die Brückenbauerin Egerszegi als die ideale Vertreterin des Brückenkantons Aargau. Egerszegis Vorgänger Claude Janiak und Bundesrat Samuel Schmid hatten mit ihren humorvollen Ansprachen das amüsierte Publikum auf ihrer Seite. Fulvio Pelli lobte seine Parteikollegin in einer sehr persönlichen Rede aufgrund ihrer unterschiedlichsten Talente – nicht zuletzt auch in ihrer Rolle als Grossmutter (auch die Grosskinder nahmen an den Feierlichkeiten teil) – und bedankte sich bei den Aargauerinnen und Aargauern, dass sie ihre «Mutter Courage» nach Bern geschickt und nicht in egoistischer Manier für sich selber behalten haben.

Nach einem köstlichen Apéro in Aarau fuhr der Zug in Richtung Baden weiter. Dort spielte die Stadtmusik auf, und die «Zunft Spanischbrötlibahn» umrandete das Rednerpult mit Fackeln, was für eine



Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi und Bundesrat Samuel Schmid bei der Wahlfeier

eindrückliche Stimmung sorgte. Christine Egerszegi hielt nun ihre dritte Ansprache und bedankte sich bei den Badenern für den imposanten Empfang (inklusive ge- hisster Parteiflagge am Stadttor).

Letzte Etappe «Tour d'Argovie»

In Postautos wurde die letzte Etappe der «Tour d'Argovie» gemeistert. In Mellingen, einem alten Städtchen an der Reuss, wo die politische Karriere von Christine Egerszegi als Gemeinderätin begann, spielte die Musikgesellschaft Mellingen den eigens für diesen Anlass komponierten «Christine-Egerszegi-Marsch». Eine grosse Ehre, denn die Anliegen der Musik hatten damals die junge Christine Egerszegi zum politischen Engage-

ment motiviert, und sie blieben auch in ihrer persönlichen Laufbahn eine Priorität.

Die geladenen Gäste wurden daraufhin in einer festlich geschmückten Halle, wo die Kerzenleuchter auf den langen Tafeln mit den 20 hohen und die Adventsstimmung animierenden Tannenbäumen um die Wette funkelten, empfangen.

Ehre, wem Ehre gebührt

Das Abendessen wurde von einem erfrischenden Rahmenprogramm umrandet. Ein sichtlich gerührter Nationalrat John Dupraz ergriff im Namen der lateinischen FDP-Deputation das Wort. Fraktionschef Felix Gutzwiller erinnerte an den legendären Auftritt der Ka-

barettistin Egerszegi als «Mutter Helvetia» zur Verabschiedung ehemaliger Fraktionsmitglieder und würdigte den tatkräftigen Zusammenhalt der FDP-Frauen im Kanton Aargau. Letztgenannte warteten zum grossen Finale mit einem Querschnitt in Bildern durch das facettenreiche Leben der Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi auf.

Die eindrückliche «Tour d'Argovie», die Freude der Gästeschar aus allen Landesteilen sowie über alle Parteigrenzen hinweg und die Begeisterung der Aargauer Bevölkerung lassen sich in aller Kürze zusammenfassen:

«Ehre, wem Ehre gebührt!»

Apfelmus statt Ananas

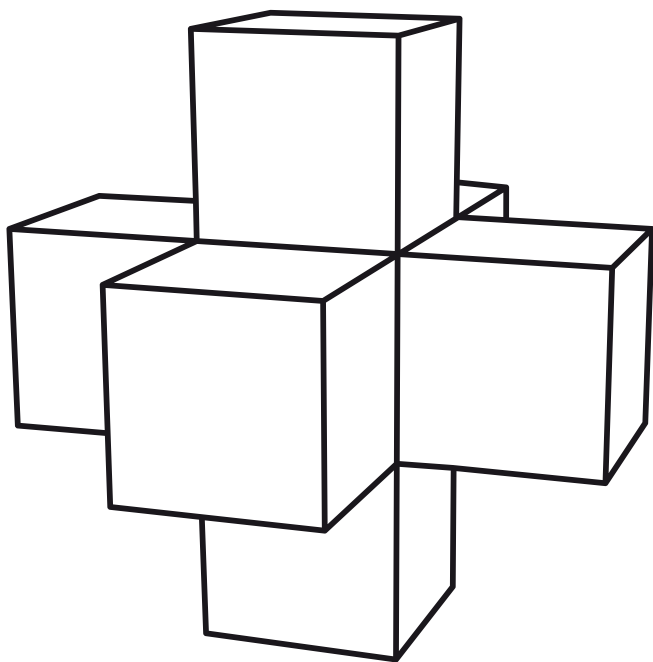
Wer durch unsere Strassen läuft und die Zeitungen aufmerksam liest, stellt fest: «Diese Gesellschaft hat sich verändert.» Kaum ist die Weihnachtsbeleuchtung und -Werbung abgeräumt, werden schon gefärbte Ostereier angeboten. Der Schnee sollte auch schon im November meter tief liegen, obwohl seit Menschengedenken die alte Bauernregel gilt: «Grüne Weihnachten – weisse Ostern.»

In der gleichen Zeitung, in der es in Ferien-Inseraten heisst: «Verkürzen Sie den Winter auf den Seychellen!» wird auf anderen Seiten gegen den Fluglärm demonstriert. Nicht genug. Weil man mittlerweile gemerkt hat, dass die Fluglärm-Veranstaltungen zu Wahlveranstaltungen für gewisse Politiker(innen) geworden sind, hat man ein neues Thema gefunden. Nein, man bekämpft nicht mehr die Lastwagen. Jetzt sind es die lärmigen Züge der SBB und DB. Es stellt sich die Frage: «Wie weiter?» Jeder Stammtisch weiss, die Politiker können uns nicht helfen. Sie konnten es weder als Gemeinde- und Kantonsräte und schon gar nicht als National- und Ständeräte. Helfen wir uns selbst: Machen wir Wanderungen und Spaziergänge in der Umgebung, freuen uns auf die ersten Schneeflocken und geniessen nach einem kalorienarmen Essen einen heimischen Dessert. Versuchen wir's. Statt mit importierten Ananas mit einem bekömmlichen Apfelmus aus Schweizer Äpfeln.

Ruedi Schläpfer, Rickenbach

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
300 Bern
gnaegi@fdp.ch



Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung

Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 Stk.

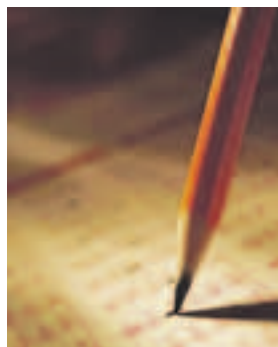
Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Wahlkampf Ausbildung

Lust auf Wahlkampf!

Kandidat/innen-Ausbildung der FDP Schweiz



Die FDP Schweiz bietet ein umfassendes Ausbildungsprogramm für Kandidierende, Wahlkampfleiter usw., die sich optimal auf den Wahlkampf vorbereiten wollen. Sie lernen, wie der eigene Wahlkampf organisiert und geführt werden kann, wie Sie die zentralen Botschaften im Wahlkampf unter die Leute bringen und wie Sie optimal in den Medien auftreten. Die Ausbildung ist modular, und alle Module können einzeln belegt werden. Die Kurse richten sich sowohl an Neu-

Kandidierende als auch – im Sinne einer Auffrischung der Kenntnisse – an Wahlkampf-Erfahrene. Diese Ausbildung ist eine lohnende Investition in einen erfolgreichen Wahlkampf. Die Ausbildung umfasst zwei Teile:

1. Grundkurs, bestehend aus drei Modulen, die auch einzeln belegt werden können.
2. Argumentationskurse zu den strategischen Themen.

Ausbildungsdaten – Grundkurse

	Kurs A (Bern)	Kurs B (Luzern)	Kurs C (Winterthur)	
Persönlicher Wettkampf	10. April	22. Mai	25. Juni	Vormittag
Öffentlicher Auftritt	10. April	22. Mai	25. Juni	Nachmittag
Medientraining	11. April	23. Mai	26. Juni	ganzer Tag

Die Ausschreibung wird den Kandidierenden zugestellt. Weitere Informationen erhalten Sie unter E-Mail: weber@fdp.ch

Der Schweizer Bürger trägt eine grosse und wichtige staatsbürgerliche Verantwortung

Schweizer Bürger zu sein, ist ein regelrechter Beruf. Man hat fortlaufend über sehr verschiedene und mitunter äusserst komplexe Themen abzustimmen, muss heute entscheiden, ob die Stammzellenforschung unter gewissen Voraussetzungen zugelassen werden darf, und sich morgen Gedanken über die zukünftige Verwendung der Goldreserven der Nationalbank machen.

Von Léonard Bender, Vizepräsident FDP Schweiz

Der Schweizer Bürger hat weiter darüber zu befinden, ob die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union finanziell unterstützt oder die Familienzulagen harmonisiert werden sollen. Beschliessen musste das Stimmvolk schliesslich auch den UNO-Beitritt, wobei in diesem Fall zusätzlich sogar noch Zustimmung der Kantone erforderlich war.

Neben dieser permanenten Abwägungs- und Entscheidungsarbeit müssen alle vier oder fünf Jahre dann auch noch die Volksvertreter auf den verschiedenen Staatsebenen gewählt werden. Damit aber nicht genug: Ständig werden Unterschriften für Referenden oder Initia-



Léonard Bender

tiven auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene gesammelt. Der Schweizer Bürger hat also viel zu tun, seine Demokratie erfordert einen regen Aufwand. Ein Aufwand,

der so gross ist, dass einige diese Aufgabenlast mindern und die Volksrechte beschneiden wollen. Die wiederholten Abstimmungen über die europäische Frage beispielsweise haben in verschiedenen Kreisen für eine gewisse Verstimmung gesorgt. Ich aber gehöre zu denen, die davon überzeugt sind, dass der Wesensgehalt unserer direkten Demokratie alles in allem beibehalten werden muss. Entgegen anderslautender Meinungen bin ich auch sicher, dass unsere Volksrechte bei einer möglichen, wenn auch erst in ferner Zukunft denkbaren Integration in die EU keinen Schaden nehmen würden. Dies bedeutet natürlich nicht, dass kein Reformbedarf besteht, nur sollte nicht überstürzt gehandelt werden.

Denn die Nachteile, die eine Beschneidung der Volksrechte für die Gesellschaft hätten, würden dem möglichen Nutzen einer solchen Reform bei weitem überwiegen. Ausserdem sind die Volksrechte ein wesentlicher Bestandteil unserer Identität. Sie einzuschränken oder gar aufzuheben, würde unser Zusammengehörigkeitsgefühl, den staatsbürgerlichen Geist und den sozialen Zusammenhalt schwächen. Man darf in der Tat nicht vergessen, dass politische Freiheit und Solidarität die Grundpfeiler unserer Gesellschaft sind, welche auf dem immer wieder bestätigten Willen der Bürger zum gemeinsamen Staat aufbaut und mithin nicht von ungefähr als Willensnation bezeichnet wird.

Kurz und bündig

Gerechter steuern

Die FDP begrüsst das zügige Vorgehen des Finanzdepartements für eine gerechtere und transparentere Besteuerung der Bürgerinnen und Bürger. Die zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung entspricht einem gesellschaftlichen Bedürfnis und trägt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei. Einfachheit und Transparenz gehören zu den Pluspunkten eines Steuersystems und sind damit ein wichtiger Standortfaktor. Zudem muss ein Steuersystem den gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst sein. Aus diesem Grund hat die FDP wiederholt und mit Nachdruck die Einführung der zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung gefordert.

Diese ist die logische Fortsetzung der Sofortmassnahmen zur Verminderung der Heiratsstrafe. Mit einer zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung werden die steuerlichen Ungerechtigkeiten, welche bei im Zusammenhang mit einer Heirat entstehen, eliminiert. Weil die Einkommen von Ehepartnern bei der Steuerbemessung zusammengelegt werden, führt die Steuerprogression zu höheren Steuern. Ein berufliches En-

gagement beider Ehepartner kann deshalb negative finanzielle Auswirkungen haben. Davon betroffen sind in der Praxis meistens die Frauen. Die Sofortmassnahmen zur Minderung der Heiratsstrafe bringen eine wichtige Linderung, erst die Individualbesteuerung kann die Ungerechtigkeiten aber vollständig beseitigen.

Steuerwettbewerb nützt den Schweizer Steuerzahlern

Der Steuerwettbewerb ist für die Schweiz sowohl zwischen den Kantonen als auch grenzüberschreitend vorteilhaft. Die FDP begrüsst deshalb die klare Haltung des Gesamtbundesrats zum heute geltenden, massvollen Steuerwettbewerb. Dem Druck aus dem In- und Ausland darf nicht nachgegeben werden. Die Steuerhoheit der Schweiz und der Kantone muss erhalten bleiben.

1. Januar 2007 – wichtiges Datum für gleichgeschlechtliche Paare

Seit dem 1. 1. 2007 können sich gleichgeschlechtliche Paare eintragen lassen. Die eingetragene Partnerschaft ist Ausdruck einer offenen, freiheitlichen, modernen und zukunftsfähigen Gesellschaft. Das von der FDP unterstützte Gesetz wird nun umgesetzt.

Eine liberale Gesellschaft lässt ihren Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit, ihr Leben individuell zu gestalten. Das Grundrecht der persönlichen Freiheit ist in der Bundesverfassung verankert. Die Freiheit der einen geht dabei so weit, wie sie die Freiheit der anderen nicht beeinträchtigt. Wenn der Staat Rechte verleiht, verbindet er sie gleichzeitig mit Pflichten. Die eingetragene Partnerschaft entspricht dieser freiheitlichen Tradition. Sie ermöglicht lesbischen und schwulen Paaren, ihre Beziehungen anerkennen und mit rechtlichen Wir-

kungen versehen zu lassen. Sie gewährt gewisse Rechte, auferlegt aber auch die entsprechenden Pflichten. Dank der Einführung der eingetragenen Partnerschaft wird damit Lesben und Schwulen mehr persönliche Freiheit gewährt. Dies ganz im Sinne einer freisinnigen Politik. Die FDP setzte sich im Rahmen der Volksabstimmung vor einhalb Jahren sehr für die Einführung dieses Gesetzes ein.

Im Januar 2007 haben sich bereits erste Paare eintragen lassen. Die FDP wünscht allen neu «Eingetragenen» alles Gute!



Wort des Monats

Globalisierung

Von sogenannten Globalisierungsgegnern wird diese Entwicklung immer wieder verteufelt und insbesondere auf eine wirtschaftliche Globalisierung reduziert. Globalisierung bedeutet aber viel mehr. Sie beinhaltet beispielsweise die Möglichkeit, die ganze Welt zu bereisen und entsprechende Erfahrungen zu machen. Sie hat dazu geführt, dass weltweit ein Austausch von Information und Kultur stattfinden kann. Die wirtschaftliche Globalisierung hat dazu geführt, dass wir Produkte aus der ganzen Welt kaufen können. Sich vor dieser Entwicklung zu verschliessen, wäre völlig falsch. Der Wohlstand der Schweiz beruht zu einem wesentlichen Teil auf der Tatsache, dass wir im Kontakt mit der ganzen Welt stehen, sei es beispielsweise durch den Export von Produkten und Dienstleistungen oder wegen der Anziehungskraft der Naturlandschaften, welche Menschen der ganzen Welt in die Schweiz lockt. Die Globalisierung zu verteufeln oder sich vor ihr verschliessen zu wollen, hiesse, sich von der Welt abzukapseln. Die weltweite Vernetzung und Zusammenarbeit sind eine Chance – nicht nur für die Schweiz, sondern für die ganze Welt.

Was bringt das Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare?

- Das Partnerschaftsgesetz ermöglicht gleichgeschlechtlichen Paaren erstmals, ihrer Beziehung einen verbindlichen rechtlichen Rahmen zu geben.
- Wer sich eintragen lässt, erhält verschiedene Rechte und Pflichten gegenüber der Partnerin/dem Partner, Dritten und dem Staat.
- Für Behörden, Versicherungen und Vermieter herrschen fortan klare und bekannte Regeln im Umgang mit eingetragenen Paaren.
- Eingetragene Partnerinnen/Partner werden gegenseitig unterstützungspflichtig. Es entstehen gegenseitige Rentenansprüche; wie bei Ehepaaren beträgt die Paar-Altersrente 150% statt $2 \times 100\%$.
- Eingetragene Partnerinnen/Partner werden gegenseitig erb- und pflichtteilsberechtigt. Sie werden im Steuerrecht gleich wie Ehepaare gemeinsam veranlagt.
- Die eingetragene Partnerschaft kann nur durch Gerichtsurteil aufgelöst werden. Das Partnerschaftsgesetz braucht keine neuen Behörden; die Eintragung erfolgt auf dem Zivilstandsamt, die Auflösung vor dem Gericht.

Was unterscheidet die eingetragene Partnerschaft von der Ehe?

- Das Partnerschaftsgesetz ist ein eigenständiges Gesetz; es ändert nichts am Eherecht.
- Adoption und künstliche Befruchtung sind ausdrücklich verboten.
- Es besteht kein Anspruch auf den Schweizer Pass oder auf erleichterte Einbürgerung.
- Für eingetragene Paare gibt es weder eine Verlobung noch ein Ja-Wort.
- Den neuen Zivilstand «eingetragene Partnerschaft» können nur gleichgeschlechtliche Paare eingehen, so wie nur heterosexuelle Paare heiraten dürfen.
- Eingetragene Paare dürfen keinen gemeinsamen Namen führen und erhalten auch kein gemeinsames Bürgerrecht.

SORRY, IHR PRODUKT
ENTSPRICHT NICHT DEN
SCHWEIZER WASCHMASCHINEN-
VORSCHRIFTEN. ABER ALS FLUGZEUG
KÖNNTE ICH ES DURCHGEHEN LASSEN!



WEG MIT DEN ABSURDEN HANDELSHEMMNISSEN!

Freisinnig-liberale Delegiertenversammlung in Genf

Die DV vom 19. und 20. Januar in Genf war ein Novum. Zum ersten Mal in der Parteigeschichte führten Freisinnige und Liberale den ersten DV-Tag gemeinsam durch. Am zweiten Tag stand dann das freisinnige Wachstumspapier im Vordergrund.

Am Freitag, 19. Januar 2007, reisten die Delegierten von FDP und LPS in die Calvin-Stadt, um die erste gemeinsame DV durchzuführen. Die Präsidenten Pelli und Ruey lobten in ihren Ansprachen die fruchtbare radikal-liberale Zusammenarbeit. Thematisch stand die Initiative für eine Einheitskrankenkasse im Vordergrund, welche von einem jungfreisinnigen Delegierten gar als «kranke Einheitskasse» bezeichnet wurde. Nach einer Podiumsdiskussion und der anschließenden Diskussion im Publikum sowie der Ansprache von Gesundheitsminister Couchepin stellte sich heraus, dass die freisinnigen und liberalen Delegierten die Meinung des Jungfreisinnigen teilten: Die Initiative wurde mit überwältigender Mehrheit zur Ablehnung empfohlen.

Nach einem Apéro ging es per Bus ins Hotel Royal in die Genfer Innenstadt, wo ein köstliches Abendessen serviert und musikalische Unterhaltung geboten wurde.

Am Samstag tagten die Freisinnigen ohne ihre liberalen Freunde. Ständerat Rolf Schweizer rief in einer engagierten Rede dazu auf, sich den Weltmarkttrends zu stellen und für ein modernes, gesamtwirtschaftliches Handeln einzutreten. Nach einem interessanten Podiumsgespräch mit dem Unternehmer André Kudelski und dem Wirtschaftsprofessor Stéphane Garelli war es wieder Schweizer, der gemeinsam mit der Aargauer Grossrätin Corina Eichenberger durch den ersten Teil der Fragestellungen zum Wachstumspapier führte. Die freisinnigen Delegierten sprachen sich mit Nachdruck für den Steuerwettbewerb aus und beschlossen auch, dass die Schweiz Freihand-

delsabkommen mit aufstrebenden Wirtschaftsnationen anzustreben habe.

Finanzminister Hans-Rudolf Merz erläuterte in seiner Rede, was der Staat für eine wachsende Schweiz leisten kann. Auch Merz bekräftigte noch einmal, dass die Schweiz am Steuerwettbewerb festhalten werde.

Die St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und der Zürcher Nationalrat Markus Hutter führten durch den zweiten Teil der Fragestellungen, wo sich die Delegierten unter anderem für die Swiss Easy Tax, die Abschaffung der direkten Bundessteuer als langfristige Option und eine konsequente Handhabung der Schuldenbremse aussprachen.

Der Genfer FDP-Präsident Pierre Maudet verabschiedete die Delegierten kurz nach 13 Uhr und eröffnete den Apéro, welcher die erfolgreiche und intensive erste Wahljahr-DV abrundete.



Claude Ruey, Präsident LPS, bei seiner Begrüssung.



Bundesrat Pascal Couchepin: Die Einheitskasse führt in die Sackgasse.



Rolf Schweizer, Ständerat ZG, und Corina Eichenberger, Grossrätin AG, bei der Präsentation der Fragestellungen.



Pro und contra Einheitskasse: Marlyse Dormond, Nationalrätin SP, Jean Blanchard, «Mouvement populaire des familles», Moderator Adrien Bron, «Tribune de Genève»/«24 heures», Hugues Hiltbold, Grossrat FDP GE, Jacques-André Haury, Grossrat LPS VD.



Karin Keller-Sutter, Regierungsrätin SG, und Markus Hutter, Nationalrat ZH, präsentierten den zweiten Teil der Fragestellungen zum Wachstumspapier.



Was kann der Staat? Was soll der Staat? Bundesrat Hans-Rudolf Merz über den Beitrag des Bundes zur wachsenden Schweiz.



Pierre Maudet, Präsident FDP GE – sein Schlusswort: kurz und prägnant!



Podium: «Fit für die globalen Herausforderungen» – André Kudelski (links) und Stéphane Garelli gaben einen kompetenten Input für die wachsende Schweiz. Moderation: Jacqueline de Quattro, Kandidatin Staatsrat VD.



Schwierige Entscheidung nach gelungener DV: Rolf Schweiger vor dem Apérobuffet.

Nein zur Volksinitiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse»

Die FDP und die LPS lehnen die Volksinitiative mit 101 gegen 2 Stimmen (FDP) und 52 gegen 0 Stimmen (LPS) ab.

Wahlkampf 2007

Gespräch mit Sabine Pegoraro

«Freisinn»: Sie stellen sich am 11. Februar in BL als Regierungsrätin zur Wiederwahl. Böse Zungen behaupten, um Ihre Chancen stünde es trotz ausgewiesenem Leistungsausweis schlecht. Was sagen Sie dazu?

Sabine Pegoraro: Ich bin zuversichtlich, denn ich bekomme so viele gute Reaktionen. Nicht zuletzt sagt auch eine repräsentative Meinungsumfrage der «Basler Zeitung», dass meine Wiederwahl sicher sei. Für mich ist das Fazit: Leistung setzt sich durch und wird anerkannt.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als werde – einmal mehr – eine bürgerliche Politikerin demontiert. Wie gehen Sie damit um?

Wer mich kennt, weiss, dass ich eine sensitive Frau bin, die den Puls der Leute spürt und genau deshalb viele Projekte vor allem im Präventionsbereich auf die Schiene bringen konnte.

Als Politikerin wird von einem verlangt, in jeder Situation professionell zu reagieren. Das versuche ich zu machen. Aber in den letzten Monaten musste ich mir schon nach aussen eine ganz dicke Haut zulegen. Unterstützung und Ermunterung schöpfte ich in den letzten Monaten aus vielen lieben Briefen, von meinen Mitarbeitenden und von meiner Partei. Und meine Familie ist nochmals ein gutes Stück zueinander gerückt.

Sie haben in den vergangenen vier Jahren viel erreicht. Worauf sind Sie besonders stolz?

Wir haben als einziger Kanton eine Meldestelle für Kinderpornographie. Baselland ist Pionier in der Bekämpfung der häuslichen Gewalt mit den Trainingsprogrammen und der polizeilichen Wegweisung. Generell habe ich viel Vernetzungsarbeit geleistet: z. B. mit den Sicherheitspartnerschaften mit Gemeinden. Bei der Polizei haben wir nicht bloss die gesamtschweizerisch ers-



Sabine Pegoraro,
Regierungsrätin BL

ten polizeilichen Jugendsachbearbeitenden, sondern wir führen einen eigenen Jugenddienst ein. Weitere Stichworte sind das gemeinsam mit Basel-Stadt geplante Integrationsgesetz (das der Bund bei uns «abgeschrieben» hat...).

In welchen Bereichen wollen Sie die Schwerpunkte in der kommenden Legislatur setzen?

Ich möchte noch mehr in den Präventionsbereich investieren. Der Gewaltzunahme, gerade bei jungen Menschen, müssen wir Präventives, aber auch Grenzen entgegen setzen. Weitere Stichworte sind eine optimierte Kundenorientierung beispielsweise durch die Schaffung eines gemeinsamen Strassenverkehrsamtes mit der Stadt. Und nicht zuletzt wird mich in den nächsten gut anderthalb Jahren die Euro 08 beschäftigen. Da kommen punkto Sicherheit und Verkehr grosse Herausforderungen auf uns zu. Wir wollen Europa und der Welt zeigen, dass wir gute Gastgeber sind und ein tolles Fussballfest ermöglichen können.

Die FDP-Frauen engagieren sich für gemischte Teams sowie für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was tun Sie als Regierungsrätin dafür?

In einer Justiz-, Polizei- und Militärdirektion hat es per se mehr Männer – aber ich fördere Frauen. Gerade auf der zweiten Ebene stehen viele Frauen bereit. Aber wir können noch mehr machen: Teilzeitstellen, Kinderbetreuungsplätze usw. Wir wissen alle, was es bräuchte. Es müssen nun Taten folgen und Lösungen – auch mit der Privatwirtschaft – gesucht werden.

Où sont les femmes?

Einladung zur Generalversammlung und zum Wahlkick-off der FDP-Frauen

Samstag, 3. März 2007, im Casino de Montbenon, Lausanne, 10.15 bis 14.30 Uhr



Marianne Dürst



Jacqueline de Quattro



Lauriane Gilliéron

Bild: Keystone

Programm

- 10.15–11.00 Eintreffen (Kaffee und Gipfel)
11.00 Moderation Eliane Gnägi und Sébastien Leprat
- Begrüssung und statutarische Geschäfte**
Regierungsrätin Marianne Dürst (GL), Präsidentin FDP-Frauen Schweiz
- «Où sont les femmes?»**
Léonard Bender, Vizepräsident FDP Schweiz
- «Pourquoi les femmes?»**
Testimonials für gemischte Teams von Lauriane Gilliéron (Ex-Miss Schweiz), Sanja Ronga (Präsidentin Business & Professional Women BPW Switzerland) und weiteren Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- «Voilà les femmes» – die Inhalte, Ziele und Top-Kandidatinnen der liberalen Frauenlobby**
Regierungsrätin Marianne Dürst, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz
- La flamme radicale**
Stehlunch
Musikalische Unterhaltung mit den Marianne Singers und weiteren Gästen.

14.30 Uhr Schluss

Die Veranstaltung wird simultan übersetzt.

Tagungsort

Grand Café du Casino de Montbenon, Allée Ernest-Ansermet 3, Lausanne 1003 (Parking Montbenon, Chemin de Mornex 5, oder 7 Min. zu Fuss ab Bahnhof SBB, Avenue Ruchonnet hoch, rechts abbiegen in die Avenue de Savoie, wenige hundert Meter hoch bis zum Casino rechter Hand)
Eintritt 30 Fr. pro Person (inkl. Begrüssungskaffee und Stehlunch)
Anmeldung: event@fdp-frauen.ch oder über www.fdp-frauen.ch

Entdecken Sie Lausanne

Das Hotel Crystal bietet für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Generalversammlung Zimmer für ein oder zwei Nächte (vom 2. bis 4. März) zu Sonderkonditionen an. Reservationen sind direkt beim Hotel mit dem Vermerk «AG des Femmes Radicales 2007» vorzunehmen. Hôtel Crystal Minotel, Rue Chaucrau 5, 1003 Lausanne, Telefon 021 317 03 03, Telefax 021 320 04 46 www.crystal-lausanne.ch

Massnahmen der liberalen Frauenlobby als Erfolgsrezept

Das EVD profiliert sich als familienfreundlicher Arbeitgeber und übernimmt eine Vorbildfunktion. Das ist gut so, finden die FDP-Frauen. Sie sind hoch erfreut, dass sich ihre Forderungen offensichtlich durchsetzen.

Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) unter Leitung von Doris Leuthard hat zu Beginn des Jahres für positive Schlagzeilen gesorgt. Als Vorbild für andere Arbeitgeber will das EVD Teilzeitarbeit, Jobsharing und Telearbeit stärker als bisher fördern und den Vaterschaftsurlaub einführen.

Gerechte Schweiz

Die FDP-Frauen sind erfreut. Bereits seit Jahren setzen wir uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein – und zwar nicht nur für Mütter, sondern auch für Väter. Damit «Kinder und Karriere» möglich sind, braucht es gezielte Massnahmen in der Kinderbetreuung, in der Steuerpolitik sowie in der Unternehmenskultur. Im Rahmen ihrer Generalversammlung 2006 sowie am letztjährigen internationalen Tag der Frau, dem 8. März 2006, haben die FDP-Frauen einen Appell an die Wirtschaft lanciert und modernere, elterngerechte Unternehmensstrukturen mit der Möglichkeit zu flexibleren Arbeitszeitmodellen, Jobsharing und Telearbeit sowie firmeneigene Diversity-Strategien gefordert. Dass das EVD nun ein Zeichen setzen will, freut die FDP-Frauen sehr, und zeigt, dass sich Hartnäckigkeit lohnt. Ein Umdenken findet nicht nur in der Politik, sondern auch auf Seite der Arbeitgeber statt. Die Forderungen der FDP-Frauen fanden auch Eingang in das Positionspapier zur gerechten Schweiz. Die Vorschläge werden an der DV in Winterthur beraten.



Barbara Perriard engagiert sich für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

EVA zum Trotz

Die Erwerbsquote von Frauen ist – den EVAs dieser Welt zum Trotz – klar zu erhöhen. Als liberale Frauenlobby verweisen die FDP-Frauen unentwegt darauf, dass wachstums-, sozial- und gleichstellungspolitische Überlegungen den Handlungsbedarf deutlich machen. Ein Blick auf die demographische Entwicklung zeigt, dass die Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt nicht länger ein Wunschkonzert, sondern vielmehr eine ökonomische Notwendigkeit wird. Die Erwerbsbevölkerung geht zurück. Doch trotz potenziellem Arbeitskräftemangel sind die bestehenden Rahmenbedingungen auch heute noch nicht oder nur bedingt dazu geeignet, die dauerhafte Integration von Frauen und insbesondere Müttern in den Arbeitsmarkt zu fördern. Hemmnisse und negative Anreize erschweren die Beteiligung, verhindern das nötige Wirtschaftswachstum und drohen das geltende Sozialversicherungssystem in seiner Nachhaltigkeit zu gefährden. Hier gilt es heute, die Weichen richtig zu stellen, bevor es zu spät ist.

Chancengerechtigkeit lohnt sich

Die Rechnung wird für alle aufgehen: Die Investition in die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist profitabel, egal ob es sich um eine private Firma oder um die öffentliche Verwaltung handelt. Studien belegen dies ganz klar. Ausserdem steigen bei wachsender Beschäftigungsquote der Frauen auch das Familieneinkommen und somit automatisch die Steuereinnahmen.

Das EVD ist mit seinen Einsichten zum Glück nicht allein. Einzelne Zweige der Verwaltung, insbesondere aber auch diverse Schweizer Firmen bemühen sich seit einiger Zeit aktiv um elterngerechte Arbeitsbedingungen. Novartis, verschiedene Banken, aber bspw. auch die Grossverteiler engagieren sich mit freiwilligen Leistungen und Angeboten stark in diesem Bereich. Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass sich die gesteigerte Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der «goodwill», der

in der Öffentlichkeit geschaffen wird, sowie der Wettbewerbsvorteil für diese Firmen lohnt und dadurch auch ein Anreiz für andere Unternehmen besteht, mitzuziehen.

Individualbesteuerung und Betreuungsgutschriften

Eine fortschrittliche, den FDP-Frauen vorschwebende Unternehmenskultur, mit gemischten Teams und orientiert an Engagement und Zielen, ist das eine. Doch die Politik bleibt gefordert. Handlungsbedarf besteht weiterhin im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung. Das Angebot für Vorschul- und Schulkinder ist auszubauen und mittels Betreuungsgutschriften künftig nachfrageorientiert zu finanzieren. Entscheidend ist ausserdem das Steuersystem. Nur der Wechsel hin zur Individualbesteuerung beseitigt die heutigen negativen Anreize und den eigentlichen Abhalteeffekt für Frauen vom Arbeitsmarkt. Die FDP-Frauen hoffen auch bei diesen Massnahmen auf Verbündete im EVD.



Teilzeitarbeit ist in vielen Berufen möglich.

Bild: Keystone

Auftreten! Wirken!! Überzeugen!!!

Erfolgreiches Seminar der Jungfreisinnigen zum Thema Rhetorik und Präsentation



35 Jungfreisinnige hörten dem Trainingsleiter Rolf W. Nievergelt gespannt zu.



In Gruppen wurde intensiv geübt.



Auch in den Trainingspausen gab es intensive Gespräche.

Von Fabian Schnell, Vizepräsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

Die Jungfreisinnigen wollen ihren Mitgliedern die Möglichkeit zur Aus- und Weiterbildung bieten, damit sie auf dem politischen Parkett noch mehr Erfolg haben können. Mit Rolf W. Nievergelt fanden wir einen ausgewiesenen Experten auf dem Gebiet der Rhetorik und der Präsentationstechnik. Unter dem Titel «Auftreten! Wir-

ken!! Überzeugen!!!», organisiert durch die Jungfreisinnigen Kanton Zürich, nahmen am 25. November 2006 in Hombrechtikon ZH über 35 Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz die Möglichkeit wahr, ihre Fertigkeiten in diesen Bereichen professionell zu trainieren.

Nach einem lockeren Einstieg mit Kaffee und Gipfel führte Rolf W. Nievergelt in die Kunst der Rhetorik und Präsentation ein. Wie beginnt man

eine Überzeugungs-Rede am besten? Wohin mit den Händen während einer Präsentation? Was tun bei Lampenfieber? Der Trainingsleiter visualisierte seine Ausführungen stets an konkreten, praktischen Beispielen.

Erkenne deine Wirkung!

Die meiste Zeit investierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, um in Kleingruppen

Die Erfolgsstory der Jungfreisinnigen Zug

Von Etienne Schlumpf, Vizepräsident der Jungfreisinnigen Zug

Vor zweieinhalb Jahren war ich 19 Jahre alt, als ich die Absicht hegte, der Jungfreisinnigen Partei des Kantons Zug beizutreten. Zu meinem grossen Erstaunen wurde mir damals mitgeteilt, dass es im Kanton Zug keine Jungfreisinnige Partei mehr gäbe. Keine Jungfreisinnige Partei in einem bedeutenden Wirtschaftskanton! – Dies war für mich und vier andere politisch Interessierte eine eigenartige Vorstellung, an der wir etwas ändern wollten.

So wurde vor zwei Jahren die Jungfreisinnige Partei des Kantons Zug (JFZG) von Mélanie Schenker, Judith Müller, Diego Benz, Marc Meyer und Etienne Schlumpf neu



Etienne Schlumpf

gegründet. Am Anfang bedachten wir, dass es einen grossen Aufwand benötigen würde, um diese Jungpartei aufzubauen. Was wir allerdings wirklich benötigten, war

das Interesse, sich für die Anliegen unserer jungen Generation einzusetzen, und die Überzeugung, dass das freisinnige Gedankengut unser Land auf den richtigen Weg verhelfen wird.

Die neugegründete Jungpartei entwickelte sich sehr positiv, so dass wir uns heute über die Mitgliedschaft von über 35 Personen erfreuen dürfen. Wir organisieren regelmässig Informationsveranstaltungen zu aktuellen Abstimmungsthemen und Podiumsdiskussionen an Mittelschulen.

Die Jungfreisinnigen Zug haben sich zum Ziel gesetzt, das politische Geschehen im Kanton Zug aktiv mitzugestalten, und im Wahljahr 2006 haben wir gezeigt, dass wir bereit sind, unserer Mutterpar-

tei tatkräftig zur Seite zu stehen. Von den 35 Mitgliedern kandidierten 5 für den Kantonsrat und 1 Person für den Grossen Gemeinderat; 3 der Kandidaten wurden gewählt!

Innerhalb von zwei Jahren ist es der Jungfreisinnigen Partei des Kantons Zug gelungen, mit viel Engagement eine schlagkräftige Jungpartei zu formen, welche für Jugendliche ein politisches Forum schafft und Ihnen die Möglichkeit gibt, das politische Interesse zu entfalten. Nur dank der tollen Unterstützung von Jost Windlin (Präsident FDP Zug) und der gesamten Zuger FDP konnte diese Erfolgsstory ermöglicht werden!

das Gelernte unmittelbar umzusetzen. Die Kurzreden wurden dabei mit der Kamera festgehalten. Jeder hatte die Möglichkeit, seine Leistung zuerst selbst einzuschätzen, bevor er von den anderen Gruppenmitgliedern ein konstruktives Feedback erhielt. Diese unmittelbare Gegenüberstellung von Selbst- und Fremdeinschätzung hat sich als sehr fruchtbar erwiesen.

Im zweiten Teil des Seminars wurde eine weitere wichtige Fähigkeit für den politischen Alltag trainiert: die prägnante Vermittlung von Ideen. Gerade in der heutigen kurzlebigen Zeit bleibt im Wahl- oder Abstimmungskampf auf der Strasse nur sehr wenig Zeit, den Wähler von den eigenen Ideen zu überzeugen. Wenn man den Wähler dazu bringt, sich mit den (jung-)freisinnigen Standpunkten tiefer auseinander zu setzen, hat man schon fast gewonnen.

Die Jungfreisinnigen danken Rolf W. Nievergelt, dass er sein Know-how zur Verfügung gestellt hat. Das Feedback der Teilnehmenden zeigt klar: Das Seminar war ein voller Erfolg!

Weitere Information zum Trainingsleiter Rolf W. Nievergelt unter: www.nt-partner.com

Portrait

Siro Imber

Landrat im Kanton Baselland

Siro Imber ist 1982 geboren und in Allschwil aufgewachsen. Bereits im Alter von 16 Jahren trat er den Jungfreisinnigen und später der FDP bei. Während dreier Jahre war er Präsident der Jungfreisinnigen Baselland und übte zahlreiche andere Funktionen aus. Heute widmet er sich vor allem seiner Landratstätigkeit. Siro Imber ist Student der Rechtswissenschaften an der Universität Basel.



Siro Imber

Du bist aufgrund des Rücktritts von Iris Zihlmann im Mai 2006 in den Landrat des Kantons Basellandschaft nachgerückt. Was sind deine ersten Erlebnisse im Parlament?

Siro Imber: Der Parlamentsbetrieb ist schwerfälliger, als ich gedacht habe. Wirkliche Debatten werden leider kaum geführt, und somit fehlen mir im Parlament die Lebendigkeit und der politische Schlagabtausch. Zudem sieht man als Mitglied noch deutlicher, dass der Landrat weit von einer liberalen Mehrheit entfernt ist – die Staatsgläubigkeit dominiert.

Konntest du denn bereits Vorstösse einreichen?

Bereits in meiner zweiten Sitzung habe ich einen Vorstoss eingebracht, welcher inzwischen an die Regierung überwiesen wurde. Es geht dabei um die Reduktion des Schilderwaldes auf unseren Strassen und um die mögliche Einführung eines Pilotprojektes für «Shared Space». Nach diesem Konzept wird auf die gesamte Verkehrs-

signalisation verzichtet. Pilotprojekte zeigen, dass der Verkehrsfluss besser wird und die Sicherheit zunimmt – dank mehr Freiheit.

Was sind deine nächsten Ziele im Landrat?

Mein wichtigstes Ziel ist es, Auswüchse des Staatsausbaus und der Normierung zu verhindern. Überflüssige Vorschriften müssen aufgehoben, die Staatsabgaben gesenkt und den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Freiheit und Eigenverantwortung übertragen werden.

Die FDP ist ja immer noch mit verhältnismässig wenig jungen Politikern in Parlamenten vertreten. Stört dich das?

Junge Menschen können in der Politik vielfach Ziele unabhängiger und konsequenter verfolgen. Das ist gerade in Legislativämtern von grossem Vorteil. Daher finde ich es gut, wenn in Parlamenten Junge

vertreten sind. Ich sehe auch, dass es insbesondere bei der FDP schwer ist, sich als junger Mensch zu behaupten, da auf FDP-Listen stets sehr gute Kandidatinnen und Kandidaten zur Auswahl stehen. Jung zu sein, ist jedenfalls keine Qualifikation, entscheidend ist der politische Inhalt.

Haben junge Menschen in der Politik besondere Schwierigkeiten?

Es ist insofern schwieriger, da das Leben noch nicht so geregelt ist und somit die definitive Berufsausrichtung und Wohnsitzwahl noch nicht feststeht. Zudem fehlt jungen Kandidierenden bei Wahlen zumeist das nötige Geld, die Bekanntheit sowie die Unterstützung von Verbänden oder von einem Arbeitgeber. Hier kann die Nachwuchsförderung der FDP entscheidend helfen.

Gibt es Momente, in denen du mit der Politik am liebsten aufhören würdest?

Ich trenne meine Funktion und meine Person sehr stark. Wenn ich mich auf meinen Landratsstuhl setze, nehme ich diese politische Aufgabe wahr. Wenn ich diesen Stuhl wieder verlasse, dann versuche ich, dass sich Politik und Mensch nicht zu stark vermischen. So denke ich, dass es mir aufgrund dieser Trennung leichter fällt, jederzeit mit der Politik aufzuhören. Vorerst möchte ich meine Aufgabe mit Engagement ausführen.

Was ist denn deine Motivation, Politik zu machen?

Es ist mein tiefes Freiheitsbe-

dürfnis. Ich möchte nicht, dass der Staat den Menschen vorschreibt, nach welchen moralischen Regeln wir leben sollen, sofern dabei keine Freiheits- und Eigentumsrechte von anderen Personen verletzt werden. Es ist auch meine Überzeugung, dass jeder Mensch das Recht auf das freie Streben nach Glück hat.

Welches sind die zwei wichtigsten Politikfelder, in der die Schweiz nun handeln muss?

In der Finanz- und Steuerpolitik müssen die Staatsabgaben gesenkt und die Staatshaushalte saniert werden. Des Weiteren ist das Steuersystem stark zu vereinfachen. In der Wirtschaftspolitik ist es wichtig, dass das Preisniveau in der Schweiz gesenkt werden kann. Erreicht werden soll dies mit mehr Wettbewerb und mit dem Abbau von Regulierungen, Zöllen und Bürokratie.

Was bedeutet liberal sein für dich?

Liberal sein bedeutet, dass niemand den Staat dazu missbrauchen darf, um anderen Menschen seine persönliche Moral und Ethik mittels staatlichen Zwangsmitteln aufzuzwingen.

Warum sollte auch dein Nachbar der FDP, bzw. den Jungfreisinnigen beitreten?

Weil wir die einzige Partei sind, die für die Freiheit des Individuums einsteht.

Interview: Lena Schneller

Very British: Politik und Kultur in London

Die FDP Schweiz organisiert zusammen mit Creazione Viaggi eine sehr interessante Leserreise. Wir reisen vom 2. bis 5. Mai 2007 nach London. Überzeugen Sie sich vom Programm und melden Sie sich an! Die Reise wird von Creazione Viaggi geleitet. Rolf Schweiger, Ständerat, und Eliane Gnägi, Redaktorin des «Schweizer Freisinns», werden unsere Leserinnen und Leser begleiten.



Bild: Icon Photos



Bild: Reuters

Programm:

Mittwoch, 2. Mai 2007

Anreise: 8.15 Uhr Treffpunkt Flughafen Zürich-Kloten.

Flug: 9.30 Uhr Direktflug Zürich–London City mit SWISS LX 452, 10.10 Uhr Ankunft in London City.

Transfer: 10.30 Uhr Transfer mit den klassischen Londoner Cabs vom Flughafen zum Hotel.

Hotel: 11.00 Uhr Check-in im Hotel «The Rubens at the Palace», direkt gegenüber vom Buckingham-Palast. 39 Buckingham Palace Road, London SW 1 W OPS, Tel.: 0043 20 78 34 6600

Mittagessen: 11.45 Uhr Mittagessen (fakultativ).

10 Downing Street: 14.00 Uhr Englands Premierminister und das Regierungsviertel: damals und heute. Ein Spaziergang mit dem Londoner NZZ-Korrespondenten.

Afternoon Tea: 16.00 Uhr Britische Teekultur nach allen Regeln der Kunst – mit «scones and clotted cream». Gast: Ein Historiker plaudert über Geschichte und Geschichten aus dem Königshaus. Anschliessend Zeit zur freien Verfügung.

Architektur: 19.00 Uhr Apéro-Gespräch mit einem Architekten aus dem Büro von Sir Norman Foster in dem von ihm erbauten Swiss Re Tower.

Abendessen: anschliessend in einem Restaurant von Designer Sir Terence Conran – Essen als Spektakel. Die Restaurant-Leitung informiert über das Konzept, das Conrans verschiedenen Restaurants, Cafés und Bars zugrunde liegt, die einen je eigenen Stil pflegen. Übernachtung im Hotel.

Donnerstag, 3. Mai 2007

Frühstück: Frühstücksbuffet im Hotel.

IISS: 9.00 Uhr Besuch im Hauptsitz des «International Institute for Strategic Studies» in London. Das IISS ist ein britisches Forschungsinstitut auf dem Gebiet internationale Beziehungen und die weltweit führende Autorität bezüglich politisch-militärischer Konflikte. Einblick in die Arbeitsweise am IISS und Gespräch über ein aktuelles politisch-strategisches Thema.

House of Lords: 11.00 Uhr Zusammenkunft mit Abgeordneten des House of Lords, sowohl von der liberalen Partei als auch der konservativen («Tories»).

Mittagessen: 12.30 Uhr Mittagessen im House of Parliament (als offizielle Gäste wird uns diese Ehre zuteil).

Parlament: 14.30 Uhr Sitzungsbesuch im House of Commons und/oder Besuch einer Kommissionssitzung im House of Lords. Anschliessend Gespräch mit der Parteispitze der Liberalen.

Musical/Covent Garden/Carnegie Hall/Royal Albert Hall/Mouse Trap: Fakultatives Abendprogramm. Wir informieren ca. sechs Wochen vor Reiseantritt über das aktuelle Programm. Übernachtung im Hotel

Freitag, 4. Mai 2007

Frühstück: Frühstücksbuffet im Hotel.

Schweizer Botschaft: 10.00 Uhr Empfang auf der Schweizer Botschaft. Gespräch über die Beziehungen England – Schweiz sowie über ein aktuelles Thema.

Allgemeine Informationen

Preise:

Pro Person im Doppelzimmer: Fr. 1890.–
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 366.–

Inklusive:

Economy-Flug mit SWISS retour
3 Übernachtungen im Hotel Rubens at the Palace
Geführter Spaziergang durch die Downing Street
Afternoon Tea mit einem Historiker
Apéro und evtl. Architekturführung
Abendessen im Gebäude der Swiss Re inkl. Gast
Besuch im Hauptsitz des «International Institute for Strategic Studies»
Zusammenkunft mit Abgeordneten des House of Lords
Mittagessen im House of Parliament
Sitzungsbesuch im Parlament
Empfang auf der Schweizer Botschaft
Auf der Shopping-Spur der Adligen
Festliches Abendessen mit Gästen
Besuch bei Scotland Yard
Transfer Flughafen–Hotel–Flughafen
Metrokarte 3 Tage

Exklusive:

Fakultative Mahlzeiten
Fakultatives Abendprogramm
Persönliche Ausgaben
Annulationskosten-Versicherung
Trinkgelder, Getränke
Taxi
Flughafentaxen

Annulationskosten:

Bei einer allfälligen Annulation der Reise entstehen Ihnen folgende Kosten:

0–10 Tage vor Abreise	100% des Totalbetrages
11–30 Tage vor Abreise	80% des Totalbetrages
31–50 Tage vor Abreise	55% des Totalbetrages
51–70 Tage vor Abreise	20% des Totalbetrages

Bei einer Annulation entsteht Ihnen immer eine Bearbeitungsgebühr von Fr. 35.–.

Wir empfehlen Ihnen den Abschluss einer Annulationskostenversicherung.

Reisebegleitung: Creazione Viaggi

Anmeldeschluss: 20. März 2007

Mittagessen: 12.00 Uhr (fakultativ).

Läden für Lords: 13.30 Uhr Lebensart nach Mass: Auf Shopping-Spur der Adligen – die wahren Bastionen der englischen Kultur. Vom traditionellen Schuhwerk über den ältesten Hutmacherladen und Englands berühmteste Adresse für Oberhemden bis zum Lieblingsschneider der Prominenz – hier paart sich die selten gewordene Kunst der Diskretion mit hohem Anspruch an Handwerk und Qualität. Anschliessend Zeit zur freien Verfügung.

Abendessen: 19.00 Uhr Festliches Abendessen mit Gästen aus den Bereichen Kultur, Politik, Presse und aus der literarischen Kriminal-Szene Londons. Übernachtung im Hotel.

Samstag, 5. Mai 2007

Frühstück: Frühstücksbuffet im Hotel. Check-out.

Scotland Yard: 10.00 Uhr Besuch bei der legendären Londoner Kriminalpolizei. U. a. Besichtigung der Pferdestallungen. 11.30 Uhr Wachablösung am Buckingham-Palast. Die Wachablösung ist eine der ältesten und bekanntesten Zeremonien des Buckingham-Palasts. Die Queen's Guard bilden Infanteriesoldaten, die in ihrer Paradeuniform aus roten Jackets und Bärenfellmützen den Palast bewachen. Bei der Zeremonie wechselt eine neue Wache die alte ab. Die Ablösung wird durch eine Gardkapelle begleitet und dauert rund 45 Minuten (fakultativ). Anschliessend Zeit zur freien Verfügung.

Transfer: 16.30 Uhr Transfer zum Flughafen London Heathrow.

Rückflug: 18.35 Uhr Direktflug London Heathrow–Zürich-Kloten mit SWISS LX 327. 21.20 Uhr Ankunft in Zürich-Kloten.

Anmeldetalon

Ich/wir melde/n uns für die Leserreise vom 2. bis 5. Mai 2007 an:

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Anzahl Personen:

Doppelzimmer/Einzelzimmer:

Datum/Unterschrift:

Bitte senden Sie den ausgefüllten Talon bis spätestens am 20. März 2007 an: FDP Schweiz, Leserreise, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30.

Für Wachstum und Arbeitsplätze

Der Trumpf einer attraktiven Besteuerung hat sich positiv auf unser Land ausgewirkt. Der Steuerwettbewerb hat dabei wesentlich zu Innovationen beigetragen und zahlreichen Kantonen zu einer eindrucklichen Entwicklung verholfen. Die Unternehmenssteuerreform I aus dem Jahre 1997 belegt diese Zusammenhänge in überzeugender Weise.

Von Nationalrat Gerold Bühler

Vor allem dank den damals beschlossenen Erleichterungen für die Holding- und Verwaltungsgesellschaften hat die Schweiz mit Abstand am meisten ausländische Unternehmen angezogen. Der dadurch generierte Zufluss von neuen Steuern beweist, dass sich diese Investition einmal mehr gelohnt hat. Der internationale Steuerwettbewerb ist eine Tatsache. Mit der Unternehmenssteuerreform II soll eine seit langem anerkannte Lücke geschlossen werden. Im Gegensatz zu mittlerweile beinahe sämtlichen OECD-Ländern werden ausgeschüttete Gewinne weiterhin steuerlich doppelt erfasst. Obwohl die Schweiz bezüglich der Unternehmenssteuersätze international eine beneidenswert starke Position einnimmt, fällt sie bei ausgeschütteten Gewinnen weit zurück. Die Besteuerung des Gewinns beim Unternehmen sowie auch beim Anteilseigner ist heutzutage eine klare Fehlkonstruktion. Erschwerend wirkt sich dieser Umstand vorab auf die mittelständische Wirtschaft aus.

Die seit Jahren vorliegenden Gutachten, so jenes von Prof. Keuschnigg, kommen unmissverständlich zum Schluss, dass sich die Teilbesteuerung ausgeschütteter Gewinne positiv auf die wirtschaftliche Dynamik und die Schaffung von Arbeitsplätzen auswirkt.

Die Unternehmenssteuerreform II, welche sich gegenwärtig in der Differenzbereinigung beider Räte befindet, ist eindeutig wachstumsorientiert und kommt dabei insbesondere den KMU entgegen. Übrigens werden richtigerweise nicht nur die Aktiengesellschaften, son-



Gerold Bühler

dern auch die Personengesellschaften von dieser Revision profitieren. Dank der Verminderung der Steuerbelastung von Liquidationsgewinnen oder aber der Ausweitung des Tatbestands der Ersatzbeschaffung werden auch für diesen Bereich Erleichterungen angeboten.

Die wachstums- und steuerpolitische Evidenz zugunsten der beinahe abschlussreifen Revisionsvorlage ist eindeutig. Selbstverständlich ist es auch hier angezeigt, noch Optimierungen vorzunehmen. Jeglicher weiterer Verzögerungsversuch muss dagegen entschieden zurückgewiesen werden. Das notwendige Zahlenmaterial ist ausreichend vorhanden. Die vor allem von Links geschürten Ängste, dass es als Folge der Teilbesteuerung zu einer massiven Verlagerung zugunsten der Dividenden komme, kann nicht erhärtet werden. Allein schon die Praxis in den zahlreichen Kantonen mit einer solchen Teilbesteuerung widerlegen diese ideologisch motivierten Einwände klar.

Aufgrund der verfassungsrechtlichen Zweifel sind bekanntlich zwei

Gutachten in Auftrag gegeben worden. In Anbetracht dieser sensiblen Frage sind diese juristischen Abklärungen zu begrüßen. Trotz der Differenzen zwischen den Gutachten des Bundesamtes für Justiz und jenem von Prof. Grisel kann der Schluss gezogen werden, dass die Teilbesteuerung der Dividenden verfassungskonform ist und auch keine Einführung einer Kapitalgewinnsteuer erforderlich macht. Während Prof. Grisel auch die Teilbesteuerungssätze von 50 bzw. 60% als verfassungskonform bezeichnet, wird dies in der Expertise des Bundesamtes für Justiz bestritten.

Das Gutachten des Bundesamtes für Justiz ist jedoch widersprüchlich und in der wachstumspolitischen Kommentierung derart fragwürdig und tendenziös, dass der gesetzgeberische Handlungsspielraum deswegen keinesfalls eingeschränkt werden darf. Es kommt dazu, dass aufgrund des angekündigten Referendums der Souverän auch hier das letzte Wort haben dürfte. Geht man von der problemlosen Einführung der Teil-

besteuerung in den Kantonen aus, so darf auch bei dieser Vorlage mit der Akzeptanz der Stimmberechtigten gerechnet werden. Dies auch deshalb, weil die verfassungsmässig garantierte materielle Steuerhoheit der Kantone vollkommen gewahrt bleibt.

Es gibt somit aus rechtlicher Sicht keinen Grund, diese im Interesse von Wachstum und Arbeitsplätzen stehende Reform weiter hinauszuzögern. Bekanntlich hat neben der notorischen Opposition von Links auch die Frage der vorgesehenen Beteiligungsgrenze von 10% zur Qualifikation der Teilbesteuerung zu Diskussionen geführt. Mit diesem Schwellenwert würden vor allem Familienaktionäre und Miteigentümer von KMU profitieren. Diese Einschränkung ist einvernehmlich mit den Kantonen entstanden.

Wie auch immer die letzten Änderungen noch ausgehen werden, es ist alles daranzusetzen, dass diese längst fällige Teilentlastung sowie die Erleichterung für die Personengesellschaften Platz greifen können. Es braucht keine weiteren Gutachten, sondern den Willen, diese im Interesse unseres Landes liegende Reform trotz ideologisch motivierter Gegnerschaft jetzt durchzusetzen.

Irrweg Einheitskasse

Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» verspricht viel und kann wenig halten. Die Befürworter der Einheitskasse lassen uns im Dunkeln darüber, wie die Initiative ihre Versprechen einlösen soll, sie verschweigen uns auch, dass sich die kantonalen Prämien auf hohem Niveau angleichen würden.

Von Erika Forster, Ständerätin SG

Im Zentrum der Volksinitiative stehen zwei Forderungen: zum einen die Einrichtung einer Einheitskrankenkasse durch den Bund, welche anstelle der heute rund 85 Krankenkassen die obligatorische Krankenversicherung durchführt, und zum anderen die Festlegung der Prämien nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten.

Sozialer Ausgleich ist bereits garantiert

Die Krankenversicherung garantiert heute schon den sozialen Ausgleich. Leute mit kleinen Einkommen bezahlen sehr tiefe oder gar keine Prämien, die können deshalb nicht noch weiter entlastet werden. Leute mit sehr hohem Einkommen können nur bis zu einem bestimmten Plafond belastet werden, sonst würden wir über die Krankenkassenbeiträge eine Art Reichumssteuer einführen.

Die Einführung einer Einheitskasse, die nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip finanziert ist, hätte sicher keine Entlastung des Mittelstandes zur Folge. Im Gegenteil, der Mittelstand würde ein weiteres Mal massiv zur Kasse gebeten und die Kosten würden durch den Wegfall zahlreicher Sparanreize wieder stärker steigen. Mit einer Prämiengestaltung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten würde zudem die Komponente der Solidarität zwischen den Geschlechtern, zwischen Jung und Alt sowie zwischen Gesund und Krank eliminiert. Der sozialpolitische Ausgleich würde über Gelder der Versicherten finanziert.



Erika Forster

Sparsame Kantone werden doppelt bestraft

Wenn wir die Initiative unter die Lupe nehmen, zeigt sich, dass betreffend Finanzierung zu vieles offen gelassen wird, und dies bei Steuern mit einem Volumen von rund 20 Milliarden Franken. Eine Vorstellung, wie diese neue Einkommenssteuer gestaltet werden soll, ist nicht vorhanden. Eine kantonale Einkommenssteuer, die an die Gesundheitsleistungen des jeweiligen Kantons angepasst werden könnte, muss offenbar ausgeschlossen werden, lässt doch die Initiative den Schluss zu, dass es um eine Steuer gehen soll, die für die ganze Schweiz gilt. Im Falle einer Annahme der Initiative würden gerade jene Kantone entlastet, die sich bis heute wenig darum bemüht haben, die Kosten in den Griff zu bekommen. Bei einer nationalen Einheitsprämie hätten entsprechend die kostengünstigen Kantone die Zeche zu bezahlen.

Kosten werden nicht gedämpft

Würde dem Phänomen des unterschiedlichen Leistungsbezugs mit einer schweizerischen Einheitssteuer begegnet, würden die Kosten sicher nicht gedämpft. Erstens fällt der Spardruck weg, den heute die Versicherer spüren, weil sie zueinander im Wettbewerb stehen.

Das wirkt sich vor allem bei der Kostenkontrolle negativ aus. Zweitens fallen mit den besonderen Versicherungsmodellen auch die Sparanreize. Das Ganze würde sich bei einer Annahme der Initiative gewissermassen zu einem Selbstbedienungsladen entwickeln, und es käme zu einer Kostensteigerung, die wiederum über zusätzliche Steuern abgedeckt werden müsste.

Bessere Lösungen liegen vor

Schritt für Schritt geht es mit den Projekten der KVG-Revision vorwärts. Der Ständerat hat die Vorlagen betreffend Spitalfinanzierung, Reform des Risikoausgleichs, Pflegefinanzierung und Managed Care verabschiedet. Sie alle bieten Lösungen für das Kostenproblem und schaffen nicht – wie die Einheitskasse – nur neue Probleme. Es ist zu hoffen, dass der Nationalrat zügig vorwärts macht, so dass wir vor Ende der Legislaturperiode die Vorlagen bereinigen können.

Agenda

Februar

- 2./3. Fraktionsseminar in Pfäffikon (SZ)
- 15. Bundesratsparteien-Gespräche
- 16. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 24. PPK/GL in Bern

März

- 5. Beginn Frühjahrssession in Bern
- 11. Eidgenössische Abstimmungen
- 23. Ende Frühjahrssession in Bern
- 30. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 31. ord. Delegiertenversammlung (Winterthur)

Liberal mit Pauken und Trompeten

englische Barzahlung steckt auch i. Feuerzeug	↓	kein Verein ohne diese Ordnungen	wird meist im Schot-tenrock geblasen	der Hirsch mit Schau-felgeweih	↓	alle Schrei-berlinge gebeugter Artikel	↓	Superhirn, hat viel auf dem Kasten	macht den Moritz zum Heiligen	↓	singt Zwi-schenlagen moderne Chefinitialen	↓	damit wird wieder über Pisten gebettet
alle Länder samt Flag-gen und Hymnen	→		Schmids Musikkorps im Kampf-anzug	↓		↓		Ausgangs-punkt nach Seelisberg Fürwort	→				edle Pfan-nendeckel in der Blas-musik
friedlich gestimmt in Musik und Politik	→	1							v. Zeus ge-liebte Kuh steckt im Tierkreis	→			da drin hat wohl schon Moses gebadet
selbst von Wählern ge-übte Kör-perstrafe	→	Mann's Au-toreninitialen Ribonukle-insäure		zeigen Offi-zierschul-tern o. Ther-mometer		vor Kurzem Ehrenmusik für Olym-piasieger	→	3			wird im Defilee od. Umzug geblasen		
↓	↓			↓ 14		↓	höchster Teil der Karpaten	erheiternde Kleinkunst kurz im Ruhestand	→		↓ 4		
							↓	↓		5			
Kampflied der sozia-listischen Bewegung	→				einst trug er noch die Schellen-kappe	→							auf ihr wir-beln Schle-gel den Wirbel
fließt im alba-nischen Küs-tengebiet	→	die neuen Braunen in Deutsch-land	→	6	dedit, hat bezahlt der grosse Giuseppe	→		der einst gelbe Riese wird mit i ein Maler	→				krabbelnde od. fliegen-de Sechs-beiner
die Qual schon mit dem Stimm-zettel	↓	Serpenti-nen der Gotthard-südseite		7	das Hoch-amt als alte lateinische Messe	↓			unpoliti-scher wel-scher Schrei	→		11	↓
langer Schnauf währt am längsten	→				Adolph Sax hats erfunden carte postale	→	8						
↓					↓ 9			André, der neue Wal-zerkönig	bringt CH-Gletscher-wasser in die Donau		Multimedia Messaging Service	→	
			Johanna, Heidis Mutter Sprudelwein	→				↓	↓	englischer Dunst und Rauch	→		
dieses Bier wird meist im Pub ge-zapft	→	aber, jedoch spanisch Pz.abwehr-lenkwafe			heimtücki-sche Bombe Weltfriedens-stifterin	→					Oberstufen-schule griech. Fe-nieninsel	→	
Blasinstru-mente für lange Arme	→				↓ 12					auch Prinz Charles trägt die-sen Rock	→		
Damen sin-gen sowas Signal-trompete	→			so fühlt sich der erstmals Gewählte	→			in dieser Pfanne kocht der Chinesse	→				
↓							Geier- und Hyänen-frass	→			Vorsilbe oder Vereinte Nationen	→	13

Preise:

Nach einem anstrengenden Tag – Entspannung pur!

1.–3. Preis:

Badeöl-Set von BIOKOSMA



So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 14. Februar 2007 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----



Daniel Derungs zog die Gewinner.

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 10/06

Lichterglanz und Politik

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 10/06 lautete: **Geistesblitze**. Bis zum Redaktionsschluss sind 287 richtige Antworten bei uns eingegangen.

1. Preis: eine Aktenmappe mit FDP-Kugelschreiber

2./3. Preis: ein Leder-Portefeuille

V	L	K	P	T
P	E	L	L	I
R	E	C	O	N
G	L	U	E	H
I	C	T	L	
E	H	R	E	
S	T	E	R	N
T	A	K	T	I
S	P	U	L	E
A	R	T	F	
S	A	M	S	T
R	S	E	C	H
T	N	K	U	R
A	E	R	A	
S	T	A	L	L
A	K	T	E	N
T	E	E	I	N

Daniel Derungs, Sekretär, zog folgende Gewinner/innen:

- Frau Erika Hofmann
Unterrenngstrasse 36
8135 Langnau a. A.
- Herr Josef Keller-Arnet
Zugerbergstrasse 39a
6314 Unterägeri
- Herr Walter Vogelsanger
Kometsträsschen 29
8200 Schaffhausen

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Veranstaltungshinweis

Die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 31. März 2007 findet im Hotel Römertor in Oberwinterthur statt. Das Programm stellen wir Ihnen in der nächsten Ausgabe vor.



Winterthurer Altstadt

Bild: Winterthur Tourismus

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn»: Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehn Mal jährlich in einer Auflage von über 70000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
--------	-------------------

1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben:	5%
bei 6 Ausgaben:	10%
bei 10 Ausgaben:	15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, +41 31 320 35 30

WAHL- FREIHEIT AUFGEBEN?

**NEIN
DANKE!**

11. März 2007

